

Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert, Annette Karl**, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer, Johanna Werner-Muggendorfer **SPD**

Initiative zur Förderung der Elektromobilität in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Initiative zur Förderung der Elektromobilität in Bayern ins Leben zu rufen.

Dabei ist das Hauptaugenmerk insbesondere auf folgende Bereiche zu richten:

Es sind Strukturen und Instrumente zu schaffen, die die Qualifizierung der bereits vorhandenen Arbeitsplätze in der Automobilindustrie in Hinblick auf die Anforderungen durch den zunehmenden Bedarf an Elektromobilität sicherstellen.

Dies sollte den Aufbau von Techniker-Ausbildungsgängen im Bereich E-Motoren, Leistungselektronik und Batterietechnik enthalten. Darüber hinaus sind eigene Ausbildungsberufe in diesem Bereich zu entwickeln und die berufliche Bildung entsprechend auszurüsten und auszustatten. Auf die Einführung einer neuen Facharbeiterausbildung „E-Fahrzeug-Mechatroniker“ kann dabei nicht verzichtet werden, damit es künftig mehr Fachpersonal für die Entwicklung, Produktion und Wartung von Fahrzeugen mit Elektromotoren gibt.

Zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet der Elektromobilität sind weitere Lehrstühle an den Hochschulen des Freistaates mit den Schwerpunkten Hybridantriebe, Elektromobilität, Batterietechnologien und Leistungselektronik zu schaffen.

Der Freistaat muss sich verpflichten, Basistechnologien und bereits vorhandene Projekte intensiv und nachhaltig zu fördern und zu stützen.

Insbesondere ist eine gezielte Förderung des Aufbaus einer Referenz-Batteriefertigung mit Schwerpunkt der IV. Generation von Batterien (Post-Lithium-Ionen-Generation), der Weiterentwicklung der Batteriesystemtechnik und Leistungselektronik, der Initiativen mit Leichtbaumaterialien und des Aufbaus von E-Car-Service-Strukturen in der Fläche ins Auge zu fassen.

Zukünftig gilt es seitens der Staatsregierung, den Strukturwandel auch und gerade in der bayerischen Automobilindustrie gezielt zu steuern.

Dazu ist die Etablierung eines bayerischen Zukunftsrates „Automobil- und Zulieferindustrie und Elektrochemie“ unter der Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften ins Auge zu fassen. Dieser Zukunftsrat soll im Sinne der Politikberatung als Frühwarnsystem für die Beobachtung der Branche und für die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt fungieren und die politischen Entscheidungen vorbereiten.

In die Arbeit dieses Zukunftsrates müssen die Ergebnisse und Erfahrungen der Bayerischen Modellregionen Elektromobilität einfließen, etwa „E-Wald“.

Zur Verbesserung der Kapitalausstattung von produzierenden und forschenden Unternehmen der E-Branchen ist ergänzend zu den staatlichen Anstrengungen ein Förderprogramm mit günstigen Kreditkonditionen insbesondere für Mittelstand und Unternehmensgründer aufzulegen, etwa über die LfA.

Begründung:

In den nächsten Jahren wird ein Strukturwandel die Auto- und Zulieferindustrie sowie das Kfz-Handwerk erfassen. Diesen gilt es industriepolitisch zu begleiten, da er auch im Freistaat Bayern viele anspruchsvolle Arbeitsplätze gefährden könnte. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass bereits im Jahr 2020 der Anteil von Hybriden und Elektro-Autos zwischen 5 und 15 Prozent liegen wird. Hybrid- und Elektro-Antriebe sind jedoch disruptive Technologien, die längerfristig zum totalen Umbruch der etablierten Wertschöpfungsketten und zu ganz neuen Marktakteuren führen können und absehbar auch führen werden. Andere Staaten haben bereits die Auswirkungen des anstehenden Strukturwandels erkannt und im Bereich der Industriepolitik legislativ die massive Förderung der Hybrid- und Elektro-Antriebe umgesetzt. Damit wird schon heute die Konkurrenz aus dem Ausland in erheblichem Maße ausgebremst. Die bayerische Automobilindustrie ist der Motor des wirtschaftlichen Aufschwungs sowie der Garant für Wohlstand im Land und für die Handlungsfähigkeit der politischen Akteure in Bayern. Gerade deshalb dürfen die Anforderungen, die die neuen Marktgegebenheiten und das Bedürfnis nach Elektromobilität an die heimische Automobilindustrie stellen nicht verkannt und die erforderlichen politischen Weichenstellungen nicht verschlafen werden. Anderenfalls drohen bayerische Produkte auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig zu werden.

Wie das Beispiel Nordrhein-Westfalen und anderer Bundesländer zeigt, kann die Dynamik der Entwicklungen in der E-Mobilität durch spezifische und besonders zinsgünstige Kreditprogramme signifikant erhöht werden.